ORTEGA: GEFÄHRLICHER BALANCEAKT?

Gelungener Start für SandinistInnen

16 Jahre nach seiner Abwahl trat Daniel Ortega am 10. Januar diesen Jahres erneut die Präsidentschaft an – umringt von den neuen linken Präsidenten Lateinamerikas Hugo Chavez (Venezuela), Evo Morales (Bolivien) und José Machado (Cuba). Signal für einen radikalen Politikwechsel in Nicaragua? Das kann bezweifelt werden...

TEXT: THOMAS KRÄMER-BROSCHEIT (CIR)

Der neue Präsident Nicaraguas: Daniel Ortega

Die ersten Botschaften direkt nach seiner Wiederwahl sandte Daniel Ortega an nationale und internationale WirtschaftsvertreterInnen: In Nicaragua werde weiter das Prinzip der Freien Marktwirtschaft gelten, die Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) würden akzeptiert, ebenso das CAFTA-Freihandelsabkommen mit den USA. Bei Treffen mit hohen US-amerikanischen RegierungsvertreterInnen drückte Ortega seinen Wunsch nach guter und freundschaftlicher Zusammenarbeit mit den USA aus. Die Finanzwelt war zufrieden, Nicaraguas reichster und mächtigster Unternehmer Carlos Pellas schaltete Fernsehspots, in denen er um Vertrauen für die neue Regierung warb, und die US-Regierung bot Ortega die Fortsetzung der Kooperation und finanzielle Unterstützung an.

Achse des Bösen

Doch direkt nach seiner Amtseinführung unterzeichnete Ortega eine Beitrittserklärung zum Bündnis ALBA (Bolivarische Alternative der amerikanischen Staaten), einem gegen die USA gerichteten, von Venezuela finanzierten Bündnis, dem auch Kuba und Bolivien angehören. Das Freihandelsabkommen Nicaraguas mit den USA (CAFTA) kritisierte Ortega nun als unzulänglich. Wenige Tage später empfing er den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, der von den USA der „Achse des Bösen“ zugerechnet wird. „Wir haben die gleichen Interessen, die gleichen Feinde und die gleichen Ziele“, sagte Ahmadinedschad vor JournalistInnen in Managua.

▶▶

Das Alphabetisierungsprogramm sowie die Abschaffung der Schulgebühren gehören zu den ersten Reformen, die die neue Regierung vorantreibt.

Radikaler Politikwechsel Ortegas oder politischer Schlingerkurs? Wahrscheinlich keines von Beidem. Die neue sandinistische Regierung versucht geschickt, die außenpolitischen Rahmenbedingungen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Ortega weiß, dass das ALBA-Bündnis, das derzeit gerade mal ein Prozent der nicaraguanischen Exporte aufnimmt, keine Alternative zum US-Markt darstellt, in den circa 60 Prozent der Exporte Nicaraguas gehen. Sollen die wirtschaftliche Stabilität nicht gefährdet und soziale Verbesserungen erzielt werden, ist Nicaragua auf eine Kooperation mit den USA und dem IWF angewiesen. Gleichzeitig bietet der Schulterschluss mit Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez Nicaragua große Vorteile. Die USA will unbedingt verhindern, dass die Macht von Chávez in Lateinamerika steigt, sich sein Einfluss auf andere Länder – wie jetzt Nicaragua – erhöht. Die US-Regierung hofft, durch ihr Kooperationsangebot die neue nicaraguanische Regierung zumindest zur Neutralität bewegen zu können.

Venezolanische Energie

Doch die Verbrüderung mit Hugo Chávez und das Kokettieren mit dem iranischen Präsidenten soll nicht nur die Verhandlungsposition Nicaraguas gegenüber den USA und dem IWF stärken. Ortega kann mit sehr konkreter, materieller Hilfe rechnen. Ahmadinedschad will die neue nicaraguanische Regierung mit Investitionen und Wirtschaftshilfe unterstützen.

Und Hugo Chávez hat bei der Amtseinführung Ortegas gleich mehrere Initiativen verkündet, die insbesondere die prekäre Energieversorgung des Landes deutlich verbessern sollen. Neben der Lieferung verbilligten Erdöls, was bereits im Wahlkampf vereinbart wurde, versprach Chávez die kurzfristige Lieferung von acht Anlagen zur Stromerzeugung mit einer Kapazität von jeweils 15 Megawatt – ausreichend zur Deckung des aktuellen Defizits.

Doch besonderes Aufsehen erregte die Ankündigung von Chávez, in Nicaragua ein ge-

meinsames Mega-Projekt zur Erdöl-Verarbeitung zu realisieren. Die für Nicaragua riesige Raffinerie – mit bis zu 150.000 Barrel pro Tag circa acht mal so groß wie die derzeit dort von Esso betriebene – würde nicht nur den nicaraguanischen Markt versorgen, sondern soll laut Hugo Chávez auch noch für Deviseneinnahmen Nicaraguas sorgen. Neben diesem auf 1,5 Milliarden (!) US-Dollar veranschlagten Projekt wird noch der Bau einer direkten Erdöl-Pipeline zwischen Venezuela und Nicaragua geprüft.

Schon werden kritische Stimmen laut, die sich um die wirtschaftliche Stabilität bei höherer Staatsverschuldung durch den Bau der Raffinerie sorgen (Nicaragua soll Hauptteigner werden). Aber die neue Regierung beruhigt: Es sei eine weitgehend private Finanzierung vorgesehen.

Null Armut

Zusätzliche Einnahmen braucht Ortega aber nicht erst in drei Jahren, wenn die Raffinerie frühestens ihren Betrieb aufnehmen kann. Noch ist unklar, wie er die angekündigten ambitionierten Sozial- und Bildungsprogramme finanzieren will. Allein das Programm „Pobreza Cero“ zur Bekämpfung extremer Armut, das zunächst die 75.000 ärmsten Familien erreichen und der Unterernährung im Land ein Ende setzen soll, wird von seinem durch Ortega ernannten Koordinator Orlando Núñez auf insgesamt 300 Millionen US-Dollar Kosten geschätzt, mindestens aber 30 Millionen im ersten Jahr.

Ein anderes Ziel der SandinistInnen, die Bekämpfung der in den letzten 16 Jahren stark angestiegenen Analphabetenrate, wurde bereits im letzten Jahr mit Unterstützung Venezuelas für die sandinistisch regierten Kommunen finanziert.

Das neue Kabinett

Mit Orlando Núñez, dem bisherigen Direktor von CIPRES, einer Nichtregierungsorganisation (NGO) zur Förderung ländlicher Entwicklung (seit vielen Jahren ProjektpartnerIn der CIR), hat Ortega direkt nach seiner Wahl einen kompetenten, renommierten Linken mit der Koordination des Armutsbekämpfungsprogramms betraut. In seinen Händen sollen zudem alle entsprechenden Sozialprogramme zusammenlaufen, die bislang auf über 20 Ministerien und staatliche Institutionen verteilt waren.

Auch bei anderen Personalentscheidungen scheint Ortega eine glückliche Hand gehabt zu haben. So hat er vom Red Nacional de Defensa de Consumidores, RNDC (Verbraucherschutznetzwerk), einem sehr bekannten und erfolgreichen CIR-Partner, zum einen deren Koordinatorin, Ruth Herrera, als neue Präsidentin des staatlichen Wasserversorgungsunternehmes ENACAL gewonnen. Herrera hat sich unter anderem durch ihren Kampf gegen die Wasserprivatisierung und für niedrigere Wasserpreise einen Namen gemacht. Zudem wurde die Arbeitsrechtlerin und Mitgründerin des RNDC, Jeanette Chávez, zur neuen Arbeitsministerin ernannt. Der neue Agrarminister Ariel Bucardo ist Mitbegründer der Bauerngewerkschaft ATC, die neue Vize-Erziehungsministerin Milena Núñez war Präsidentin der Lehrergewerkschaft ANDEN.

Doch im Kabinett Ortegas finden sich nicht nur VertreterInnen der sozialen Bewegungen. So wurden die wichtigen Ministerien für Wirtschaft (MIFIC) und das Ministerium für Transport und Infrastruktur (MTI) sowie die Leitung der Zentralbank (BCN) mit Unternehmern besetzt, die das Vertrauen Ortegas genießen. Die meisten anderen Ministerien gingen an SandinistInnen (insgesamt sechs Frauen!), die bereits in den 80er Jahren Regierungsämter inne hatten. Allein das Verteidigungsministerium war bei Redaktionsschluss noch unbesetzt.

Ortega will erklärtermaßen durch eine Verfassungsänderung eine größere direkte Kontrolle von Militär und Polizei durch den Präsidenten festschreiben lassen. Zu dieser stärkeren Konzentration der Macht beim Präsidenten passt auch die kurz nach seiner Wahl zusammen mit der oppositionellen ALN durchgesetzte Parlamentsentscheidung, die für Januar vorgesehene Übertragung von Kompetenzen der

▶▶

Regierung auf das Parlament um ein Jahr zu verschieben. Und auch die von Ortega derzeit propagierte „Regierung von unten“ löst Zweifel aus. Zwar verkündet Ortega: „Was ich vorschlagen werde, ist mehr direkte Demokratie, damit das Volk Macht ausübt.“ Seine GegnerInnen befürchten, dass diese „direkte Demokratie“ in Wahrheit ein Versuch sein könnte, sich der institutionalisierten parlamentarischen Kontrolle über die Mobilisierung seines Parteiapparats zu entziehen.

Denn im Parlament verfügt Ortega mit den erzielten 38 Prozent der WählerInnenstimmen über keine Mehrheit. Bislang hat er sich nicht festgelegt, ob er mit der PLC des Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán oder mit deren liberalen Abspaltung ALN zusammen arbeiten will. Und wahrscheinlich wird er diese Festlegung auch nicht treffen, sondern – ähnlich wie bei seinen außenpolitischen Manövern – versuchen, aus der Konkurrenz beider liberaler Parteien seinen Vorteil zu ziehen und je nach Interessenlage die Unterstützung der einen oder anderen Partei zu suchen.

Wiederwahl 2010

Bislang ist ihm dies gelungen, und der gewiefte Taktiker Ortega weiß, wie er die Spaltung der Liberalen wach hält. Zu seiner Amtseinführung lud er den zu 20 Jahren Haft verurteilten und unter Hausarrest stehenden korrupten Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán ein. – Ein klarer Versucht, Alemán und seine PLC politisch gegenüber der ALN zu stärken.

Dabei geht es Ortega nicht nur um aktuelle Parlamentsentscheidungen. Bereits jetzt bereitet er seine Wiederwahl in vier Jahren vor, die unter anderem von drei Faktoren abhängt: der fortgesetzten Spaltung der Liberalen, einem unveränderten Wahlgesetz, das ihm selbst mit 35 Prozent den Sieg sichert, und einer Verfassungsänderung, die überhaupt erst die Wiederwahl eines amtierenden Präsidenten möglich macht. Erste Verhandlungen dazu hat er bereits mit der PLC aufgenommen...

Die große Frage ist, ob Ortega diesen außen- wie innenpolitischen Balanceakt über mehrere Jahre seiner Amtszeit durchhalten kann – oder sich damit ins eigene politische Aus manövriert. ■

RÜCKNAHME DES TOTALEN ABTREIBUNGSVERBOTS IN NICARAGUA?

Proteste im In- und Ausland

TEXT: THOMAS KRÄMER-BROSCHEIT (CIR)

Das nicaraguanische Menschenrechtszentrum CENIDH, langjährige Partnerorganisation der CIR, legte am 8. Januar vor dem Obersten Gerichtshof Nicaraguas Beschwerde gegen die Ende letzten Jahres beschlossene Reform des Abtreibungsgesetz ein. Mit Unterstützung der sandinistischen Partei war im Wahlkampf unter Druck der Kirchen das Recht der Frauen auf die sogenannte Therapeutische Abtreibung gestrichen worden. Dadurch sind nun alle an einer Abtreibung Beteiligten von mehrjährigen Gefängnisstrafen bedroht, selbst wenn das Leben der Frau in akuter Gefahr oder die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist.

Die Beschwerde war von VertreterInnen zahlreicher Menschenrechtsgruppen, Frauenorganisationen und Gruppen aus dem medizinischen Sektor unterzeichnet worden. Bayardo Izabá, Direktor von CENIDH, unterstrich, dass das Verbot therapeutischer Abtreibung fundamentale Menschenrechte verletze, wie zum Beispiel das Recht auf Leben und das Recht weder gefoltert noch diskriminiert zu werden. Dies sind Rechte, die in der nicara-

FOTOS: SABINE BROSCHEIT, SONJA BEGALKE, CIR-ARCHIV

guanischen Verfassung garantiert werden. CENIDH hat zudem unter dem Hinweis Berufung eingelegt, dass das Gesetz den Status Nicaraguas als säkularen Staat verletze. Itzabá erklärte, die Verabschiedung des Gesetzes sei Folge der offenen Unterstützung religiöser Dogmen durch die Nationalversammlung, der eine riesige Demonstration gegen die therapeutische Abtreibung, organisiert von der katholischen Kirche, vorangegangen war.

Die MitarbeiterInnen von CENIDH haben vor dem Obersten Gerichtshof Nicaraguas Beschwerde gegen das neue Abtreibungsgesetz eingelegt.

Auch im Ausland war diese Kriminalisierung von Frauen und ÄrztInnen auf Empörung gestoßen. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul forderte den neuen nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega in einem Brief auf, das strikte Abtreibungsgesetz zu ändern. Es verletze elementare Menschenrechte und müsse schnellstmöglich außer Kraft gesetzt werden, sagte die Ministerin.

Ob das totale Abtreibungsverbot tatsächlich zurückgenommen wird, hängt maßgeblich von der Haltung Daniel Ortegas ab. Er verfügt über zentralen Einfluss auf die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs. Zwar wird er sich wegen seiner Allianz mit Kardinal Obando y Bravo nicht offen für eine Änderung des Gesetzes aussprechen, aber eine entsprechende, „unabhängige“ Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wäre möglich.

Seitens der CIR und verschiedener Nicaragua-Solidaritätsinitiativen werden die Proteste vor Ort unterstützt. Eine Vertreterin des unabhängigen Frauen-Netzwerks *„Movimiento Autónomo de Mujeres“* wurde anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März nach Deutschland eingeladen, um auf verschiedenen Veranstaltungen über die Problematik zu berichten. Auf einer von der CIR organisierten Veranstaltung wird sie die aktuelle Situation erläutern und zwar **am 15. März um 20 Uhr im Paul-Gerhardt-Haus in Münster (Friedrichstr. 10).**

Bitte unterstützen Sie die Proteste gegen das totale Abtreibungsverbot in Nicaragua durch Ihre Spende – Stichwort: „Frauen in Nicaragua“. Weitere Informationen finden Sie unter **www.ci-romero.de** ■

STICHWORT »FRAUEN NICARAGUA«

Bitte unterstützen Sie die Frauen in Nicaragua mit Ihrer Spende.